
WIE MAN NICHT GESCHICHTE SCHREIBT!

Rezension von: Arno Einwitschläger,
Amerikanische Wirtschaftspolitik in
Österreich 1945 bis 1949, Hermann
Böhlau's Nachf., Wien – Köln – Graz,
1986, 206 S.

Es beginnt mit dem Titel „amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945 bis 1949“. Denn das Buch enthält nichts weniger als eine solche Darstellung. Von einer solchen hätte man sich zunächst die Beschreibung des generellen Hintergrundes der US-Wirtschaftspolitik nach dem Kriege erwartet, welche auf dem System von Bretton Woods basierte und sich auf Grund von Anpassungsproblemen der europäischen Nachkriegswirtschaft sowie dem Kalten Krieg zum Marshall-Plan weiterentwickelte; die daraus resultierende spezifische Politik in Österreich, deren Probleme sowie letztlich die Einschätzung ihrer Bedeutung für die österreichische Wirtschaftsentwicklung nach dem 2. Weltkrieg, also für das „Wirtschaftswunder“. Nichts davon in dieser Arbeit! Hätte der Autor eine wissenschaftliche Untersuchung verfassen wollen, müßte ihr Titel etwa „Die außenpolitischen Aspekte der amerikanischen Wirtschaftspolitik in Österreich 1945 bis 1949“ lauten; geschrieben hat er ein Buch: „Der wirtschaftliche Kampf der kapitalistischen Hauptmacht gegen die friedliebende Sowjetunion in Österreich 1945 bis 1949“!

Es soll nun gar nicht näher auf die sozusagen technischen Mängel der Arbeit eingegangen, das erratische Aneinanderreihen von Bruchstücken, unzulängliche Quellenauswertung oder ständige Verstöße gegen die

Chronologie, sondern nur die inhaltlichen Aspekte diskutiert werden. Einleitend wird die Auffassung bestritten, Österreich habe 1945 mit der „Stunde Null“ begonnen. Darin wird Seidel kritisiert (Seidel, 1982). Warum dem nicht so gewesen sein sollte, erfährt man nicht, weil sich der Autor nicht mit den ökonomischen Argumenten Seidels auseinandersetzt, sondern die Kontinuität dadurch nachweist, daß die Entnazifizierung in Deutschland und Österreich nicht konsequent betrieben worden, ja, gerade von den USA unter der Ägide des Kalten Krieges gestoppt worden sei. Von dort geht es dann zu den Ursachen des Kalten Krieges weiter, die offenbar in einer böswilligen Interpretation der USA über die Konferenz von Jalta gelegen ist, weil es dort zu keiner Aufteilung Europas in Einflußsphären gekommen wäre. Warum die Berufung der Amerikaner darauf, daß dies doch der Fall gewesen sei, sie zu Anstiftern des Kalten Krieges macht, bleibt unklar. Eindeutig ist freilich, daß die Sowjetunion damit nichts zu tun haben konnte, da in dem ganzen Buch nicht ein einziges Mal deren politisches System oder die gewaltsame Unterwerfung Osteuropas darunter erwähnt wird! Der Autor gelangt zwar zu keiner präzisen Aussage, wenn man sich aber aus den erratischen Zitaten ein Bild zu machen versucht, dann entspricht dieses der „revisionistischen“ amerikanischen Geschichtsschreibung, wonach der Kalte Krieg sich notwendigerweise aus dem Bestreben des amerikanischen Kapitalismus ergeben hat, sein System allen anderen Ländern aufzuzwingen oder deren Wunsch nach dem sowjetischen zu ersticken.

In Österreich schienen die USA ihre historische Aufgabe vorerst noch nicht erkannt zu haben, weil sie die Interessenvertretung des Westens Großbritannien überließen. Im Gegenteil, 1945 bemühten sie sich sogar noch darum, eine eher vermittelnde Rolle zwischen diesem und der So-

wjetunion zu spielen, erst 1946 wuchsen sie in ihre Rolle hinein. Natürlich hatte es aber schon vor Kriegsende eine Reihe wirtschaftspolitischer Ziele und Vorstellungen gegeben, die der Autor in der Zusammenfassung alle aufzählt, mit der einzigen Ausnahme einer bereits damals ins Auge gefaßten wirtschaftlichen Hilfe, obwohl er selbst einschlägige Dokumente zitiert (S. 30).

Dem Autor soll damit keine Absicht unterstellt, sondern nur seine Fixierung auf alle Maßnahmen demonstriert werden, in welchen er Waffen oder Aktivitäten des Kalten Krieges sieht. Darauf konzentriert sich die ganze Arbeit. Der Marshallplan, jene für die österreichische Nachkriegswirtschaft so bedeutende Wirtschaftshilfe wird dann folgendermaßen behandelt: der Einleitung von zweieinhalb Seiten, aus welchen sich nach einem Zitat ergibt, „Das ERP war bis in einzelne Regionen hinein ein amerikanisches Programm für die Vereinigten Staaten selbst, dessen Handlungs- und Anwendungsfeld allerdings überwiegend in Europa lag“ (Brähler, 1983), folgen „Militärstrategische Überlegungen zum Marshallplan“. Das Kapitel „Der Marshallplan in Österreich“ befaßt sich im wesentlichen mit dem Ziel der USA, Österreich dadurch dem westlichen Lager zu erhalten. Darauf folgt – unkommentiert – die sowjetische Kritik. Das Ziel der USA, Österreich in die europäische Wirtschaft zu integrieren, wird lediglich unter einmal geäußerten Bedenken gesehen, daß deren Vorteile auch der USIA und östlichen Handelspartnern zugute kämen, die Energiepolitik – wessen (?) – nur unter dem Zögern der USA, Kraftwerke in der russischen Zone mit ERP-Mitteln zu finanzieren und ähnliches.

Viele politische Aktivitäten der Sowjetunion werden – wie bereits gesagt – überhaupt nicht erwähnt, andere stets als legitime Handlungen dargestellt. Demgegenüber erscheinen alle amerikanischen Überlegungen als

Ausfluß der verwerflichen kapitalistischen Grundhaltung. So – ständig wiederkehrend – die natürlichste Reaktion einer Großmacht, Gedanken darüber anzustellen, ob die Sowjetunion, als politischer Gegner, keine allzu großen Vorteile aus der Hilfe für Österreich gewinne; daß sich US-Gesellschaften zur Vertretung ihrer Interessen an ihre Regierung wenden, ob die wirtschaftliche Integration Österreichs vor allem der Wiederaufrüstung diene usw. Teilweise werden wesentliche Aspekte der Ereignisse zu Lasten der USA ausgelassen, oder überhaupt falsch dargestellt; so etwa wenn der Versuch der Sowjetunion geschildert wird, eine sowjetisch-österreichische Ölgesellschaft zu gründen. „Der Vorschlagsentwurf vom August 1945 sah die Gründung einer Gesellschaft mit einer Kapitalanlage von 27 Mill. US-\$ vor, Sowjets und Österreicher hätten jeweils 13,5 Mill. \$ aufzubringen. Die Industrieanlagen wurden von den Sowjets als Kriegsbeute betrachtet und auf einen Wert von 500.000 \$ geschätzt“ (S. 164). Dieses – offenbar günstige – Projekt, das die Entstehung der USIA verhindert hätte, wurde dem letzteren zufolge durch das amerikanische Element, auf nicht näher beschriebene Weise, verhindert. Tatsächlich jedoch wurden von den Sowjets die Bohrkonzessionen mit 500.000 \$ bewertet, die erbeuteten Anlagen aber mit 12 Mill., sodaß ausschließlich Österreich seinen Anteil in bar einzubringen gehabt hätte. Dieser Versuch, die österreichische Wirtschaft nahe an die sowjetische heranzuführen, wurde überhaupt nicht von den USA verhindert, sondern von Österreich, vor allem auf Initiative des damaligen Vizekanzlers Schärf, abgelehnt (Schärf, 1955, S. 64). Fast möchte man sagen – natürlich – fehlt diese Quelle in Einwitschlägers Arbeit! Auf ähnliche Weise werden die meisten Fragenkomplexe dieses Buches behandelt.

Wenn die Renzension auf diese in jeder Hinsicht unzulängliche Arbeit

dergestalt eingeht, dann deshalb, weil die Arbeit Einwitschlägers keineswegs singulär ist, sondern einem Trend entspricht, den man unter den Historikern in jüngerer Zeit immer häufiger bemerkt. Das alles hat natürlich mit Wissenschaft nichts zu tun. Hier werden ideologische Vorurteile breitgetreten. Es geht darum, den Urheber allen Übels unserer Zeit, die USA, zu demaskieren – so verlangt es die intellektuelle Mode.

Natürlich war die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ein konstruktives Element des Marshallplanes, und ebenso sehr spielte dieser Umstand in den Überlegungen der USA zur österreichischen Wirtschaftspolitik eine Rolle – wie denn nicht! Und es ist für einen Historiker vollkommen legitim, einen solchen Problembereich zu untersuchen. Aber man muß, solange man im Bereich der Wissenschaft bleiben will, überlegen, wie man an derartige Themen herangeht. Man kann die Wertfreiheit sehr weit treiben, die parlamentarisch-demokratische Staatsform als zeitgebundenen Ausfluß der – kapitalistischen – Gesellschaft betrachten, die nicht anders einzuschätzen wäre, wie jene der

Sowjetunion und am Beispiel der amerikanischen Wirtschaftspolitik in Österreich den Machtkampf zweier Blöcke darstellen (man stelle sich die Freude der Zeitgeschichtler über einen derartigen Ansatz für die Untersuchung der nationalsozialistischen Ära vor). Aber selbst dann wären jene Handlungen des anderen Machtblockes zu untersuchen, welche für die Aktionen des Forschungsobjektes kausal gewesen sein könnten. Schon gar gilt das, wenn man soweit Werturteile in die Untersuchung einbringt, als man die parlamentarische Demokratie höher einschätzt, als ein totalitäres Regime. Geht man jedoch vor wie der Autor, dann wird Geschichtswissenschaft als Vehikel der Ideologie mißbraucht!

Felix Butschek

Literatur

- R. Brähler, Der Marshallplan. Zur Strategie weltmarktorientierter Krisenvermeidung in der amerikanischen Westeuropapolitik 1933 bis 1952, Köln, 1983.
- H. Seidel, The Austrian Economy: An Overview, in S. W. Arndt (Hrsg.), The Political Economy of Austria, Washington/London 1982.